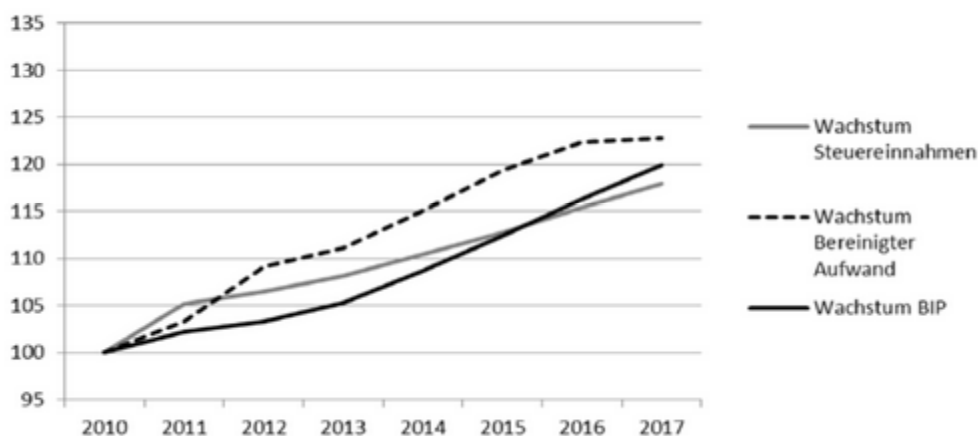


Sanierung des Staatshaushalts durch Einsparungen und Aufgabenverzicht

Aarau, 26. August 2016. Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft fordert eine Sanierung des Staatshaushalts durch Einsparungen. In der schwierigen wirtschaftlichen Situation erträgt es keine Steuer- und Abgabenerhöhungen. Der Kanton lebt seit Jahren über seine Verhältnisse. Das macht eine Reduktion der Staatsquote in verkraftbaren Schritten von 10.4 Prozent auf 9.6 Prozent bis ins Jahr 2020 ist notwendig. Auf bloss wünschbare Aufgaben und den Staat verteuernde Projekte ist konsequent zu verzichten. Es braucht Lean Management auch in der kantonalen Verwaltung.

Der Kanton Aargau hat ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem. Das belegt die unten stehende Grafik. Der Aufwand des aargauischen Staatshaushaltes wuchs über Jahre stärker als die Wirtschaftsleistung. Der Trend zur steigenden Staatsquote muss jetzt endlich gebrochen werden: Das Gebot für Lean Management gilt nicht nur für die durch den teuren Franken leidenden Unternehmungen.

Abbildung 6. Wachstum Steuereinnahmen, Wachstum BIP und Wachstum bereinigter Aufwand 2010–2017 (Index: 2010=0)



Quelle: Staatsrechnungen Kanton Aargau; AFP 2013–2016 und AFP 2014–2017; BAK Basel Economics AG

In den letzten Jahren sind die Staatsausgaben jährlich um rund 4 Prozent gestiegen. Das ist ein mehr als doppelt so hohes Wachstum der Staatsausgaben als das bescheidene Wachstum der Wirtschaft mit knapp 2 Prozent. Die staatliche Verwaltung ist immer grösser geworden. Sie produziert Vorschriften, Auflagen und damit unproduktive Aufwände für Wirtschaft und Gesellschaft: Bürokratie nervt nicht nur, sie kostet Bürger und Unternehmen jährlich Millionen von Franken, die andernorts in Innovation und Arbeitsplätze investiert werden könnten. Verteuert durch unnötige Vorschriften des Kantons werden das Gesundheitswesen, der Infrastrukturbau, die Administration der Firmen und der Kommunen. Hauptverursacher dieses ungebremsen Staats-Wachstums sind der Justizapparat, die soziale Wohlfahrt, das Bildungswesen und das Gesundheitswesen.

Bei der Produktion neuer Vorschriften eifert die kantonale Bürokratie derjenigen des Bundes nach: Dort erreichte die Sammlung des neuen Bundesrechtes im Jahr 2014 den sagenhaften

Umfang von 10 892 Seiten neue Vorschriften in einem Jahr. Der Zuwachs in den letzten 14 Jahren beträgt satte 80 Prozent.

Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft fordert einen Abbau der Bürokratie und eine Sanierung des Staatshaushalts durch Einsparungen. Massnahmen, die zu zusätzlichen Einnahmen führen, werden strikte abgelehnt.

- Die Verwaltung ist markant um mindestens 500 Stellen zu vermindern.
- Auf alle Ausgaben und Projekte ohne zweifelsfrei nachweisbaren Mehrwert ist künftig zu verzichten.
- Notwendig sind Strukturreformen sowie der Verzicht auf verteuernde Reformen im Gesundheits – und Bildungswesen wie beispielsweise die integrative Schulung: Das Bildungswesen wurde in wenigen Jahren durch Reformen ohne Mehrwert um 27% verteuert, bei knapp 5% höheren Schülerzahlen.
- Die Staatsquote (der Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität (Staatsausgaben) an der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Aargauer Volkswirtschaft) ist von 10.4 % jährlich um 0.2 %-Punkte bis 2020 auf 9.6 % zu reduzieren.

Der Aargau braucht eine konsequente ausgabenseitige Sanierung des Staatshaushalts. Nur mit Einsparungen können Defizite verhindert werden, ohne die Wirtschaft und die Bevölkerung mit zusätzlichen Gebühren und Abgaben zu belasten. Dieser Schritt ist zwingend nötig, um die hohe Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons zu erhalten.

Weitere Auskünfte:

Dr. Daniel Heller, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 434 23 85

Die **Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft** will die Grundsätze von Freiheit und Verantwortung im politischen und wirtschaftlichen Alltag durchsetzen. Die Stiftung ist einer positiven, von Zuversicht geprägten Grundhaltung verpflichtet. Zur Erreichung des Zwecks wird die Stiftung Veranstaltungen durchführen, zu politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen sowie beispielhaftes Wirken auszeichnen.